Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Dezember 2020 Nr. 12 · 16. Jahrgang

Flagge zeigen zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

Sowohl vor dem Rathaus als auch vor dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz wurden am 25. November 2020 zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen Flaggen gehisst. „Gewalt gegen Frauen ist immer noch ein Tabuthema, betroffene Frauen schweigen oft aus Scham. In Zeiten der Corona-Pandemie nimmt die Kampagne einen besonders hohen Stellenwert ein, denn Corona verschärft das Problem“, so die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Potsdam Martina Trauth.

Laut Rosemarie Priet, Leiterin der Opferhilfe Land Brandenburg e.V., suchten nach Ende des ersten Corona-Lockdowns (Juni/Juli) mehr als doppelt so viele Betroffene Unterstützung in der Potsdamer Opferberatungsstelle/ Traumaambulanz als im vergleichbaren Zeitraum der vorangegangenen Jahre. Ebenso verzeichnet die Polizeistatistik Potsdam die Zunahme von häuslicher Gewalt. Konkret gab es im Zeitraum vom 1. März bis 22. Juli insgesamt 1.840 Vorgänge im Kontext „Häusliche Gewalt“, das sind 332 Fälle bzw. 22,0 % mehr als im Vorjahreszeitraum.



Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, Martina Trauth, Kreisvorsitzende der LINKEN.Potsdam, setzt sich für die Initiative „Wir sagen NEIN! zu Gewalt gegen Frauen!“ ein. Foto: LHP

Paritätsgesetz in Brandenburg gekippt

Der Jubel und die Freude unter den Frauen war riesig als am 31. Januar 2019 in Brandenburg das erste deutsche Paritätsgesetz beschlossen wurde. Danach sollten auf den Wahllisten zur Landtagswahl im Reißverschlussverfahren abwechselnd Männer und Frauen platziert werden.

Das Paritätsgesetz war ein Meilenstein in der mühseligen Geschichte der Gleichstellung der Geschlechter. Absolut notwendig, um Chancengleichheit in der Politik durchzusetzen. Am 23. Oktober 2020 hat das Brandenburger Landesverfassungsgericht das brandenburgische Paritätsgesetz gekippt. Es war ein Schock und absolut bitter, dass dies sogar einstimmig passiert ist.

Politisch unerträglich empfinde ich den juristischen Sieg für NPD und AfD. Das Gericht in Brandenburg gab zwei Klagen der NPD und der AfD recht, die durch das Gesetz die Freiheit der Wahl und die Organisationsfreiheit der Parteien gravierend beeinträchtigt sahen. Dass nach dem Thüringer nun auch der Brandenburger Verfassungsgerichtshof der Klage von Parteien mit den geringsten Frauenanteilen stattgegeben hat, ist ein fatales Signal gegen die Verwirklichung gleichberechtigter politische Teilhabe von Frauen.

Nun gilt es, neue Wege zu erstreiten. Wir Mitstreiter*innen bleiben bei der Auffassung: das Gleichstellungsgebot in Art. 3 Grundgesetz ist nicht nachrangig gegenüber der Organisationsfreiheit der Parteien. Der Kampf um politische Gleichberechtigung geht für uns weiter!

Martina Trauth
Kreisvorsitzende



Martina Trauth kämpft für die Rechte von Frauen

In dieser Ausgabe

LINKS wohnen
2 Mieterhöhungen trotz Corona?/ Mietpreisbremse verlängern

LINKS intensiv
3 „DIE LINKE hilft“ setzt Traditionen der Arbeiterbewegung fort/ “Novemberhilfe“ kommt nicht an

LINKS im Kalender
4 Kurt Baller – ein Linker lebenslang/ Gedenken an die Pogromnacht/ Neues Buch: „DDR – unser Erbe“

LINKS im Rathaus
5 Bauvorhaben Neue Synagoge/ Bildnachricht: Letzte SVV-Sitzung in 2020/ “Walk of modern Art Potsdam“ erweitern

LINKS DIREKT
6 Jugendbeteiligung bei Bürgerbudget/ LAG Linke
7 UnternehmerInnen meldet sich zu Wort/ ver.di zu EvB-Servicegesellschaft/ Gründerinfos für Geflüchtete/ Norbert Müller (MdB) schreibt zur Familienpolitik und Isabelle Vandre (MdL) zu Gewalt gegen Frauen

DIE LETZTE SEITE
8 Adventskalender im Marktcenter/ Oberlinhaus spendet für Krankenhaus in Gambia/ MBS unterstützt 18 Potsdamer Sportvereine/ Wassersäcke bleiben auch 2021

Informationen der Redaktion

Die erste Ausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint am Freitag, 8. Januar 2021. Redaktionsschluss ist bereits am 18. Dezember 2020.

Die Redaktion

Mietpreisbremse verlängern!



Seit 2014 bzw. 2016 gilt in Brandenburg die sogenannte „Mietpreisbremse“, die einen übermäßigen Anstieg der Mieten sowohl im Bestand, als auch bei Neuvermietungen verhindern soll. Dafür werden zwei bundesrechtliche Regelungen von der Landesregierung per Verordnung umgesetzt.
Konkret handelt es sich dabei um:
1) Die Kappungsgrenzenverordnung: Sie basiert auf § 558 Absatz 3 BGB und legt fest, dass in einem bestehenden Mietvertrag die Miete innerhalb von drei Jahren um maximal 15 Prozent erhöht werden darf.
2) Die Mietpreisbegrenzungsverordnung: Sie basiert auf § 556d BGB und legt fest, dass die Miete beim Abschluss eines neuen Mietvertrages maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf.
DIE LINKE kritisiert beide Maßnahmen als unzureichend, doch sie sind besser als nichts. Allerdings gelten die beiden Verordnungen in Brandenburg nur in jeweils 30 bzw. 31 Städten und Gemeinden, in denen der Mietwohnungsmarkt als besonders angespannt gilt.
Beide Verordnungen wurden von der vormaligen rot-roten Landesregierung erlassen, sind zeitlich begrenzt und laufen zum 31.12.2020 aus. Obwohl der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und GRÜNEN am 14.02.2020 eine Verlängerung und moderate Verschärfung der „Mietpreisbremse“ beschlossen hat, laviert die heutige rot-schwarz-grüne Landesregierung seit April 2020 um die Frage herum, ob sie die Brandenburger Verordnungen ebenfalls verlängert. Offenbar denkt das zuständige, CDU-geführte Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung darüber nach, auf eine Verlängerung der „Mietpreisbremse“ in Brandenburg zu verzichten. Der Deutsche Mieterbund, der DGB und auch wir befürchten, dass in diesem Fall zum Jahresbeginn vielerorts erhebliche Mietsteigerungen drohen.
Die Linksfraktion im Landtag fordert, die Kappungsgrenzen- und die Mietpreisbegrenzungsverordnung in Brandenburg zu verlängern, sie an die neue Bundesgesetzgebung anzupassen sowie auf weitere Städte/Gemeinden auszuweiten, in denen der Wohnungsmarkt ebenfalls angespannt ist. In einer Reihe von Städten und Gemeinden wurden auf Antrag der kommunalen Linksfraktionen Beschlüsse gefasst, die die Landesregierung ebenfalls zum Handeln auffordern. Der Brandenburger Landesverband des Deutschen Mieterbundes hat zudem eine Online Petition gestartet, die ihr auf seiner Internetseite unterstützen könnt.
Für uns kann die Mietpreisbremse allerdings nur ein erster Schritt sein. Wir wollen das Grundrecht auf Wohnen durchsetzen. Dafür müssen Wohnraum, Grund und Boden weitgehend der kapitalistischen Verwertungslogik entzogen werden. Es braucht einen Verkaufsstopp für öffentliche Flächen, mehr sozialen Wohnungsbau durch kommunale und landeseigene Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und soziale Wohnprojekte. Auch die Vergesellschaftung profitorientierter Wohnungskonzerne darf kein Tabu sein.

Isabelle Vandre, MdL
Sprecherin für Mieten- und Wohnungspolitik Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg
Isabelle.vandre@linksfraktion-brandenburg.de

Fritz R. Viertel
Referent für Stadtentwicklung und Wohnen Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg
fritz.viertel@linksfraktion-brandenburg.de

Mieterhöhungen trotz Corona?

In unserer Novemberausgabe hat auf der Seite 3 die Kreisvorsitzende der LINKEN.Potsdam Martina Trauth unter dem Motto „Mietsteigerungen bremsen. JETZT!“ unsere LeserInnen dazu aufgerufen eine Petition des Deutschen Mieterbundes zu unterzeichnen. In die Diskussion um die Mieterhöhungen von ProPotsdam, Semmelhaack und Co. hat sich jetzt der Deutscher Mieterbund Land Brandenburg e.V. selbst mit einem Statement zu Wort gemeldet. Er schreibt:
Die Mieten im sogenannten Speckgürtel von Berlin steigen weiter. Zum 1.1.2021 verlangen viele Wohnungsgesellschaften wie Semmelhaack, Vonovia aber auch die kommunale Wohnungsgesellschaft ProPotsdam von ihren Mietern höhere Mieten.
Diese Mieterhöhungen stoßen bei den Mietern auf Unverständnis und Verzweiflung, teilweise auf Wut. Viele haben durch die Corona-Pandemie finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Der Verlust des Arbeitsplatzes, Kurzarbeit oder Wegfall von Überstunden hat das Einkommen verringert. Und wen es noch nicht getroffen hat, kann nicht sicher sein, dass in naher Zukunft keine finanziellen Einschnitte eintreten werden.
Die überwiegende Zahl der Mieterhöhungen bewegt sich zwar im derzeit gesetzlich zulässigen Rahmen und sind doch mit Erhöhungen zwischen 5 und 15% befremdlich. Zahlt ein Mieter eine Nettokaltmiete von 700,00 €, so schlägt eine Erhöhung von 10% Monat für Monat mit weiteren 70,00 € zu Buche. Ist das jetzt notwendig? Die Wohnungsgesellschaften gehören nicht zu den Branchen, die unter der Corona-Pandemie zu leiden haben. Durch die Mehrwertsteuerabsenkung sind die Ausgaben sogar geringer und die Einnahmen aus der Vermietung gleichbleibend hoch.
Unter diesen Umständen Mieterhöhungen zu verlangen, ist das falsche Signal. Es wäre ein Zeichen des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf Mieterhöhungen zu verzichten bis sich die Situation für die Mieter wieder stabilisiert hat.
Der Deutsche Mieterbund Land Brandenburg fordert von allen Vermietern, die Mieterhöhungen zurückzunehmen und wenigstens bis zum Sommer 2021 auf weitere Mieterhöhungen zu verzichten.
Wenn dann noch die Kappungsgrenzen- und Mietpreisbegrenzungsverordnung im Land Brandenburg nicht über den 31.12.2020 hinaus fortgeführt werden, ist zu befürchten dass jedes Maß verloren geht. Dann müssen Mieter mit Mieterhöhungen von bis zu 20 Prozent innerhalb von 3 Jahren rechnen. Das sind dann im oben genannten Beispiel nicht 70,00 € sondern 140,00 € Monat für Monat. Bei Neuanmietung einer Wohnung kann dann jede Traummiete verlangt werden.
Um das zu verhindern hat der Deutsche Mieterbund Land Brandenburg eine Online-Petition unter
[https://www.openpetition.de/petition/online/mietsteigerungen-bremsen-jetzt]
gestartet. Bisher haben über 1.000 Menschen diese Petition bereits unterstützt. Die überwiegende Zahl der UnterstützerInnen kommen aus dem sogenannten Speckgürtel von Berlin.

Der Mieterbund des Landes ruft weiterhin alle MieterInnen auf, sich an der Petition zu beteiligen. DIE LINKE.Potsdam unterstützt nach wie vor dieses Anliegen!

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Layout, Sophie Sumburane,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0176 – 32 79 36 59 (d.); email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

"Wir wollen Menschen ermutigen, sich zu wehren"

Im Interview erklärt Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler (FOTO), warum es bei "DIE LINKE hilft!" um mehr geht, als bloße Beratungstätigkeit



Jörg, wem hilft DIE LINKE denn eigentlich?
Wir wollen Menschen in schwierigen Situationen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Zum Beispiel beim Ausfüllen des Hartz-IV-Antrags oder indem wir sie zum Jobcenter begleiten. Diese Hartz-IV-Beratungen sind unsere »Klassiker«. Inzwischen helfen wir aber auch bei Mieterhöhungen oder Ärger mit dem Chef. Und wir bieten Beratungen für Geflüchtete an. Ich bin stolz darauf, dass wir mit gegenwärtig rund 120 Sozial- und Rechtsberatungsangeboten fast überall im Land den Menschen helfen.

Warum gibt es dazu jetzt diese Broschüre?
Das Handbuch »Beraten. Organisieren. Kämpfen: DIE LINKE hilft!« soll mit erfolgreichen Praxisbeispielen, praktischen Leitfäden und einem Theorieteil Genossen*innen vor Ort dabei helfen, neue Sozialberatungsangebote aufzubauen oder – wenn es schon welche gibt – diese weiterzuentwickeln und zu verbessern.
Darüber hinaus bietet die Broschüre eine aktuelle Übersicht aller Beratungsangebote, die wir anbieten und setzt sich mit der politischen Wirksamkeit von Beratungen auseinander. Außerdem soll sie – was mir persönlich sehr wichtig ist – Interesse an dem Projekt »DIE LINKE hilft« wecken. Vor allem wollen wir das Engagement der aktiven Genoss*innen vor Ort sichtbar machen und würdigen. Ohne sie könnten wir das alles gar nicht anbieten. Wir müssen sie als Partei künftig dabei noch mehr unterstützen als bisher.

Warum heißt die Broschüre eigentlich »Beraten. Organisieren. Kämpfen: DIE LINKE hilft!«?
Wir wollen ja mehr. Wir wollen nicht nur ein weiteres unter vielen Beratungsangeboten sein, ohne deren Bedeutung zu schmälern. Sondern wir wollen eine linke, also politisch motivierte Sozial- und Rechtsberatung, die nicht nur ein Serviceangebot unter vielen ist. Es geht aber eben auch nicht um plumpe verdeckte Mitgliederwerbung. Sondern wir wollen, dass Menschen ermutigt werden, sich zu wehren. Wir wollen, dass sie selbst aktiv werden. Und natürlich ist es auch für unsere Partei vor Ort eine Möglichkeit, solche Anliegen politisch zu unterstützen, im kommunalen Rat oder in der Presse oder mit unseren Aktiven.
Die Idee von »DIE LINKE hilft« ist viel älter als DIE LINKE selbst. Es gab sie bereits in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts: Dahinter steht der Gedanke der Solidarität, dass der Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit nur gemeinsam zu gewinnen ist. Perspektivisch stelle ich mir vor, dass unsere Partei ein bundesweites Netzwerk der solidarischen linken politischen Selbsthilfe schafft.

Du hast als Anwalt selber jahrelange Erfahrung mit Beratungen, was macht denn eine gute Beratung aus?
Ich will betonen, dass »DIE LINKE hilft« keine kommerzielle Rechtsberatung ist. Ein gutes Beratungsangebot von »DIE LINKE hilft« ist natürlich trotzdem einerseits fachlich kompetent – sprich: Unsere Beratung muss sozusagen »stimmen«. Es geht dabei nicht um politische Agitation, sondern um realistische Beratung über die Möglichkeiten. Darüber hinaus aber ist eine gute Sozial- und Rechtsberatung aber auch eine, die über die politischen Zusammenhänge des Problems aufklärt. Und unbedingt auch die Möglichkeit schafft, selbst solidarisch etwas zu tun: Entweder sich als Übersetzerin für andere Ratsuchende oder als Begleitung zum Amt zur Verfügung zu stellen. Oder meinetwegen in der Zeit mal auf das Kind aufzupassen oder die Flyer mit den nächsten Beratungsterminen in der Nachbarschaft aufzuhängen.

Was erlebst Du bei Deinen Beratungen, gibt es auch lustige oder rührende Momente?
Ich mache kostenfreie Rechtsberatung in einem Kreuzberger Nachbarschaftstreff. Das ist nie lustig oder rührend, weil alle existenziellen Fragen »auf dem Tisch« liegen, die bei mir persönlich weit weg sind: Von der fristlosen Kündigung der Wohnung, der Betriebskostennachzahlung, dem monatelangen Kampf darum, dass das Jobcenter endlich Leistungen bewilligt – gerade, wenn es um EU-Bürger geht, die schon jahrelang hier leben, aber trotzdem ständig Schwierigkeiten mit dem Hartz-IV-Anspruch haben. Das geht mir teilweise auch persönlich nahe, wenn man sieht, wie diese Sonntagsreden vom Sozialstaat Deutschland in schreiendem Widerspruch zur Realität stehen. Aber es macht sehr viel Spaß, weil es ein gewisser Teil von praktischem Widerstand ist, den ich glaube, gut leisten zu können.

Die Broschüre „DIE LINKE hilft" könnt ihr als Genoss*innen hier bestellen: linke-hilft@die-linke.de
Download unter: https://www.die-linke.de/partei/die-linke-hilft/

Foto: Martin Heinlein



Brandenburger Musikbranche sowie der Messe – und Festivalszene im Regen stehen gelassen

Die sogenannte „Novemberhilfe" kommt bei der Brandenburger Musikbranche sowie der Messe – und Festivalszene nicht an. Dazu erklären der Fraktionsvorsitzende Sebastian Walter und die kulturpolitische Sprecherin Isabelle Vandre:
„Das war jetzt der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt", erklärt Sebastian Walter. „Seit Monaten reden wir über finanzielle Hilfen für Soloselbstständige, wozu auch die Brandenburger Musikbranche sowie die Messe – und Festivalszene gehören. Außer Hinweisen, sich beim Arbeitsamt zu melden, ist nichts passiert. Und auch die jetzt groß angekündigten Novemberhilfen greifen nicht."
"Seit einem halben Jahr wird diese Branche in Brandenburg vertröstet, obwohl inzwischen die Landesregierung weiß, dass vielen das Wasser bis zum Hals steht und nicht wenigen sogar darüber", betont Isabelle Vandre. „Selbst das versprochene Gespräch zwischen Wirtschaftsministerium, Kulturministerium und Veranstaltenden fand erst jetzt im November statt."
Andere Länder wie Bayern und NRW haben längst ein Unternehmergrundeinkommen von 1.180 Euro eingeführt. Die Landesregierung von Mecklenburg - Vorpommern hat in diesen Tagen ein Überstützungsprogramm für Traditionsveranstaltungen aufgelegt. Insgesamt 45 Feste/Märkte und sechs Musikfestivals haben damit bis Ende 2021! Planungssicherheit. Sollte eine Veranstaltung wegen Corona doch noch abgesagt werden müssen, erstattet das Land den Veranstaltern bis zu 95 Prozent der angefallenen Kosten.*
„Es geht - nur nicht in Brandenburg"., so Walter. „Die Fraktion DIE LINKE hat seit Mai so viele Vorschläge in den Ausschüssen gemacht und im Parlament entsprechende Anträge auf den Tisch gelegt. Alles wurde abgelehnt. Aber das entmutigt uns nicht.
Wir meinen es ernst mit unserer Forderung nach finanzieller Hilfe für die Veranstaltungswirtschaft und Solo-Selbstständigen. Deshalb haben wir erneut für kommenden Mittwoch einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir fordern die Kenia Koalition auf, unserem Antrag endlich zuzustimmen und konkrete Hilfen noch vor Weihnachten auf den Weg zu bringen."

NEU: „DDR – unser Erbe“

Dieses Buch ist für alle lesenswert, die erfahren wollen, wer die vielen in der DDR waren, die sich in den unterschiedlichsten Lebenssituationen mit ihrer ganzen Kraft, mit viel Begeisterung und Elan für den Aufbau einer besseren, sozialen, friedlichen Gesellschaft in Deutschland einsetzten.
Wie ein Mosaik fügen sich die vielseitigen Episodenberichte zu einem abwechslungsreichen Bild über das Alltagsleben in der DDR zusammen. Die Textverfasser (nur wenige im Schreiben von Buchbeiträgen geübt) betrachten sich als Verwalter des Erbes der Deutschen Demokratischen Republik, überwiegend der ideellen Werte. Sie lassen uns Teil haben an ihrer Kinder- und Jugendzeit, am Studium, am Familienleben, an ihren Freizeitaktivitäten auf MIFA-Fahrrädern und Segelbooten und an ihren internationalen Beziehungen. Gern erinnern sich viele Autoren an ihre Erlebnisse als Pioniere und FDJler. Als Symbolfigur für Solidarität und andauernde Bemühungen um die Erhaltung des Friedens durch die DDR wird mehrfach der erste und einzige Präsident Wilhelm Pieck gewürdigt.
„Vollkommen war sie nicht, die DDR. Aber sie war auf einem zwar holprigen, von Steinschlag gefährdeten, durch weltpolitischen Nebel sichtbehinderten – dennoch richtigen Zukunftsweg.“
Es wird über Kriseneinsätze, Truppenstärke und „Schwarzkünstler“ in der NVA berichtet, über elektronische Datenverarbeitung in der Forstwirtschaft, über die LKW-Produktion in Ludwigsfelde, über Heimatforscher mit dem Spaten. „Wat is Kunst?“ wird beantwortet bei Besuchen bei Alfred Wellm und Friedrich Wolf, mit Würdigungen von Bertolt Brecht und Rolf Losansky.
Die sachlichen oder emotional gefärbten, auch oft humorvollen Darlegungen werden durch viele Fotos, durch Dokumente, Grafiken und Zitate und Lebensweisheiten veranschaulicht und bereichert.

Horst Jäkel (Herausgeber)

DDR – unser Erbe
Erschienen bei „medienPUNKT-potsdam“ 2020
ISBN 978-3-00-066688-9
Preis: 19,00€
Tel: 0331 979717

Ein Linker - lebenslang

Zum Tode von Kurt Baller - Autor, Journalist, Herausgeber, Musikant



„Kultur ist jeder zweite Herzschlag unseres Lebens!“, diese Worte vom Arbeiterschriftsteller Hans Marchwitza waren die Lebensmaxime für den Rehbrücker Kurt Baller.
Viele kennen ihn mit der Gitarre, später manche von den Lesungen aus seinen Büchern. Früh mit der Singebewegung verbunden, war die Gitarre lebenslang seine Begleiterin. Damit war er schon als Oberschüler, als Student, dann als legendärer FDJ-Sekretär im GRW Teltow bis in die Jetztzeit in Nuthetal aktiv und überall gern gesehen – als Sänger und Gitarrist. So habe auch ich ihn kennen- und schätzengelernt. Und dazu kam sein äußerst umfangreiches historisches Wissen, dass er mit zunehmendem Alter in viel Lesbares umsetzte.
Trotz seiner schweren Sehbehinderung entstanden mehrere Bücher zur Geschichte seiner näheren Heimat. „Der akribische Spurensucher hat in seiner Heimat eine Menge eigener Spuren hinterlassen“, das schrieb ein Journalist über ihn. Ja, literarische vor allem in einer Vielzahl von Büchern, die sich der Historie seiner/unserer Heimat widmen. Für unsere Zeitung „Potsdams andere Seiten“ hat er als Journalist über Jahre ehrenamtlich für die Rubrik „LINKS im Kalender“ die monatlichen Kalenderblätter verfasst. Wir werden ihn auch deshalb vermissen.
In einem Nachruf schreiben die Nuthetaler GenossInnen: „DIE LINKE von Nuthetal nimmt Abschied von Kurt Baller: Er ist mit 73 Jahren viel zu früh am 31. Oktober 2020 von uns gegangen. Kurt wusste seit dem Frühjahr 2020, dass er sterben wird, trotzdem war ihm keine Trauer anzumerken. Er blieb bis zum Schluss wie er war. Das Leben machte ihm Spaß, er strahlte stets Lebensfreude aus und übertrug diese auch auf seine Umwelt, trotz seiner Sehschwäche und anderer gesundheitlicher Behinderungen.
Kurt Baller wurde am 16. Oktober 1947 in Radebeul geboren. Nach dem Abitur absolvierte er ein Studium an der Pädagogischen Hochschule in Potsdam. Schon in dieser Zeit beteiligte er sich sehr engagiert an der linken Singebewegung und er wurde ein Linker. Dieser Idee blieb er treu, sowohl in als auch nach den Wendejahren. Aber nicht nur bei den LINKEN war er beliebt und anerkannt, auch bei den Nuthetaler Vereinen, in der Gemeindevertretung und vor allem bei der Singegemeinschaft der Rehbrücker freiwilligen Bauarbeiter und der Singegruppe der Volkssolidarität war er lange Jahre als Leiter tätig. Das Singen, die Gitarre und seine Bücher – das waren seine Leidenschaften. ‚Los Kurt, noch einmal das Lied von den Komsomolzen...‘, so klangen oft die Rufe von den Zuhörern.
In seinem Buch ‚Potsdamer Daten des 20. Jahrhunderts‘ schreibt er: ‚Nachdenken über Vergangenes, Heiterkeit über Kurioses, Trauern über Verlorenes und auch Optimismus – geschöpft aus vergangenen Erfolgen‘, das hat ihn bewegt und er hat sich gewünscht, dass sich dies auf alle Menschen überträgt. Und genau das hat er erreicht.
Die Genossen und Sympathisanten der LINKEN werden ihn als einen treuen Weggefährten in Erinnerung behalten.
Seiner Frau Karin und allen Angehörigen versichern wir unser tief empfundenes Mitgefühl.“
Kurt Baller, wir werden dich nie vergessen!

Die Redaktion/Bernd Martin

Gedenken an die Pogromnacht



Da in diesem Jahr eine zentrale Gedenkveranstaltung mit vielen Teilnehmern nicht möglich ist, haben auch in Potsdam am 9. November 2020 Potsdamer Stadt- und Landespolitiker sowie Vertreter der jüdischen Gemeinden mit einer stillen Kranzniederlegung der Novemberpogrome und der Zerstörung der Potsdamer Synagoge vor 82 Jahren gedacht. In einer Erklärung aus Anlass des Jahrestages der Reichspogromnacht im Jahre 1938 betonten Katja Kipping und Bernd Riexinger, dass es eine zentrale Lehre der Geschichte sei, sich antisemitischen, rassistischen, menschenfeindlichen Ideologien entschieden entgegenzustellen. Wenn Pegida am Jahrestag der Reichspogromnacht in Dresden auf die Straße geht oder AfDler in den Parlamenten ihre völkische Ideologie verbreiten, seien auch das Provokationen, die Gewaltausbrüchen gegen Minderheiten den Weg bereiten. Dieser Normalisierung menschenverachtender Ideologien müssen wir uns jetzt entgegen stellen. DIE LINKE tut das gemeinsam mit Bewegungen, Verbänden, Organisationen, mit vielen Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Foto: Stille Kranzniederlegung im Gedenken an die Pogromnacht vor 82 Jahren. Foto LHP: Jan Brunzlow

Die Zeit ist reif

DIE LINKE: Endlich Bauvorhaben Neue Synagoge umsetzen



Endlich soll Potsdam nicht mehr die letzte Landeshauptstadt ohne eine Synagoge sein. Seit mehr als zwanzig Jahren wird die Diskussion darüber geführt, dass die Jüdischen Gemeinden mit ihren Mitgliedern ein eigenes Haus, ein Gemeindezentrum mit einer Synagoge bekommen, wo sie in würdiger, angemessener Form ihrem Glauben folgen und ihr Gemeindeleben vollziehen können. Ein Haus, das in mehrfacher Hinsicht eine schmerzliche Lücke in unserer Stadt schließt. Die Zeit der Provisorien sollte endgültig vorbei sein.

Es hat in den vergangenen zwanzig Jahren zunehmende Aufgeschlossenheit für dieses anspruchsvolle Vorhaben gegeben, das innerhalb der ersten zehn Jahre von einem Wunsch bis zu einem konkreten Umsetzungsvorschlag geführt werden konnte.

Dabei ist sichtbar geworden, dass der Synagogenbau immer mehr zu einem Anliegen nicht nur der Potsdamer mit jüdischem Glauben, sondern der Stadtgesellschaft insgesamt geworden ist.

Das wiederum ist auch mit entsprechenden Erwartungen verbunden.

Zur Erinnerung: Schon 2005 hat Ministerpräsident Matthias Platzeck für die Landesregierung die Bereitschaft erklärt, das Grundstück in der Schlossstraße für den Bau einer Synagoge zur Verfügung zu stellen.

2006 rief der Bauverein Neue Synagoge zu einer Spendenaktion mit einer Spendengala für den Synagogenneubau auf.

Es gab damals konkrete Vorstellungen für einen Baubeginn im Jahr 2007.

Nachdem sich diese ambitionierte Zeitplanung nicht umsetzen ließ, ist das Land als Bauherr in die Verantwortung gegangen.

Für die Finanzierung des Vorhabens sind entsprechende Mittel in den Landeshaushalt eingestellt worden.

2009 hat die Jury in einem Architekturwettbewerb aus 26 Entwürfen den Entwurf des Berliner Architekten Haberland als besten Entwurf ausgewählt.

Im Oktober 2010 wurde eine Baugenehmigung erteilt mit dem Ziel, die Synagoge im Kontext mit dem 20. Jahrestag der brandenburgischen Verfassung 2012 fertigzustellen.

Darauf hatte übrigens auch die Stadtverordnetenversammlung mit einem Beschluss gedrängt, in dem der Zusammenhang mit dem Bau des neuen Landtags aufgezeigt wurde.

Da sich jedoch die beteiligten Gemeinden nicht einigen konnten, hat die Landesregierung 2011 einen Projektstopp ausgesprochen.

Dann sind die Schritte immer schwerer und kürzer geworden.

Es hat manche Auseinandersetzung, manchen Streit gegeben.

Der Entwurf von Haberland ist, insbesondere den Wünschen der Synagogengemeinde folgend, in diesen Jahren mehrfach geändert worden.

Im November 2018 unterzeichneten die Kulturministerin und Vertreter der Jüdischen Gemeinde und der Synagogengemeinde eine Vereinbarung, nach der im März 2021 der Bau der neuen Synagoge gestartet werden soll.

Im Ergebnis intensiver Diskussionen insbesondere über die architektonische Gestaltung wurde im April dieses Jahres ein Entwurf vorgestellt, in dem der Architekt wesentliche Vorschläge aus einem Gestaltungsvorschlag von Ud Joffe aufgreift und umsetzt. Dieser ausgereifte Entwurf fand allseitige Zustimmung. Auch bei der Vorstellung im Gestaltungsrat der Stadt erhielt er viel Lob.

Leider hielt auch dieser Frieden nicht lange.

Jetzt besteht die Gefahr, dass das wichtige Vorhaben vor dem Hintergrund einer erneuten Diskussion über architektonische Details mit unsicherem Ausgang grundsätzlich in Frage gestellt ist.

Die dynamische Entwicklung im Stadtzentrum, so im unmittelbaren Umfeld des Baugrundstücks aber auch im Zusammenhang mit dem entstehenden Kreativquartier, könnte immer mehr am geplanten Synagogenbau vorbei gehen, obwohl doch eine ganz andere abgestimmte Entwicklung angestrebt war.

Damit droht eine Situation, die eigentlich unbedingt verhindert werden sollte: Eine neue Potsdamer Mitte ohne ein sichtbares Zeichen jüdischen Glaubens als Ausdruck jüdischen Lebens in dieser Stadt

Während die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag die Architekturdiskussion in eine neue Runde führen will, sprechen wir uns dafür aus, jetzt auf der Grundlage des seit 2009 diskutierten und mehrfach überarbeiteten Entwurfs in die Umsetzung des Bauvorhabens zu gehen.

Ausgehend von den Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre halten wir den Ansatz der Landesregierung für richtig, auf der Landesverbandsebene der Jüdischen Gemeinden die notwendigen Vereinbarungen abzuschließen.

Ich bin mir bewusst, dass vor der Landesregierung schwierige Entscheidungen stehen.

Mit unserem Antrag werben wir dafür, diese Entscheidungen zeitnah zu treffen, mit Verantwortungsbewusstsein und Mut die Tür zu öffnen für die Umsetzung eines reifen Bauvorhabens.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Die Fraktion DIE LINKE. in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung (siehe Foto) wünscht allen LeserInnen und Freunden ein entspanntes Weihnachten im Kreis ihrer Lieben sowie einen fröhlichen Rutsch in ein erfolgreiches, interessantes und gesundes Jahr 2021!



Neuer Stadtteilrat für den Schlaatz

Die Beteiligung an der Entwicklung des Wohngebiets Am Schlaatz soll verstärkt werden. Nachdem es viele Jahre einen gemeinsamen Stadtteilrat für die Waldstadt und den Stadtteil Am Schlaatz gab, gibt es nun für die Stadtteile jeweils eigene Gremien. Der Stadtteilrat Am Schlaatz setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung, der Wohnungswirtschaft, des Quartiersmanagements (Stadtkontor), der Stadtverordnetenversammlung, wichtigen Akteuren aus dem Stadtteil sowie Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Ihre gemeinsame Aufgabe ist es, die vielen Anliegen und Vorhaben Am Schlaatz kritisch zu begleiten, Engagement rund um aktuelle Entwicklungen zu fördern und sowohl der Stadtverordnetenversammlung als der Stadtverwaltung beratend zur Seite zu stehen. In seiner ersten Sitzung wählte der Stadtteilrat Martina Wilczynski als Sprecherin. Sie leitet seit über vier Jahren den „Schlaatz-Bürgerclub - die Interessensgemeinschaft für unseren Stadtteil". Als stellvertretender Sprecher wurde Tim Spotowitz, der Leiter des Bürgerhauses am Schlaatz, gewählt.

Skulpturenpfad Walk of Modern Art Potsdam erweitern

*DIE LINKE beantragte in der Stadtverordnetenversammlung den bestehenden „Walk of Modern Art Potsdam" zu verlängern, um die vorhandenen DDR-Kunstwerke im öffentlichen Raum zu integrieren sowie verstärkt regionale zeitgenössische Künstler*innen einzubeziehen.*

Kunst im öffentlichen Raum thematisiert historische oder aktuelle Bezüge zum Ort, interveniert vor Ort oder lenkt die Aufmerksamkeit auf historische und aktuelle Themen, die im öffentlichen Interesse stehen. Dadurch entstehen Diskussionsplattformen, die Fragen zur Stadtentwicklung stellen und gesellschaftliche Prozesse mobilisieren. Die Aufwertung, die der „Walk of Modern Art" durch eine Verlängerung bis zur Neustädter Havelbucht erfahren würde, entsteht insbesondere durch seine Einbindung in die entstehende innerstädtische Kulturachse zwischen altem Markt und Kreativquartier sowie die Sichtbarmachung vergessener Kunstwerke im öffentlichen Raum aus der Zeit der DDR, die durch den Wegfall der stadträumlichen Bezüge ihren Kontext verloren haben.

Sascha Krämer

ver.di: Geschäftsführung der EvB-Klinikum-Servicegesellschaft lehnt Verhandlungen ab

Die Gewerkschaft ver.di hat die Geschäftsführung der Servicegesellschaft am Klinikum Ernst von Bergmann zu Tarifverhandlungen für die ca. 500 Beschäftigten aufgefordert. In den Verhandlungen soll es um die Anwendung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD), einen Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten mit Sicherung der Berufserfahrung in den TVöD und eine Corona-Prämie gehen. Wie ver.di im November 2020 mitteilte, sieht die Geschäftsführung der Servicegesellschaft keine Notwendigkeit für die Aufnahme von Tarifverhandlungen.

„Die Verweigerung der Geschäftsführung keine Verhandlungen zur Überleitung der Beschäftigten in das neue Tarifwerk führen zu wollen, lässt vermuten, dass keine echte Anerkennung der Berufserfahrungen geplant ist. Auch die Beschäftigten in der Servicegesellschaft arbeiten in der Corona-Pandemie unter deutlich erschwerten Bedingungen und haben eine Sonderzahlung als Corona-Prämie mehr als verdient", sagt Torsten Schulz, zuständiger ver.di-Gewerkschaftssekretär.

Die Tarifforderung wurde erhoben, weil die Servicegesellschaft den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Potsdam vom 6. Mai 2020 zur Vollmitgliedschaft im KAV und zur Anwendung des TVöD ab 1. Juni 2020 noch nicht umgesetzt hat.

Gründerfonds für Migranten und Geflüchtete

Für Migranten und Geflüchtete, die eine eigene Geschäftsidee umsetzen wollen, stehen seit dem 18. November 2020 einige Erklärvideos & Präsentationen auf der Seite der Wirtschaftsförderung der Stadt Potsdam. Beantwortet werden u. a. Fragen wie: Kann ich mit meiner Geschäftsidee genug Geld verdienen? Wer kann mir beim Schreiben des Businessplanes helfen? Brauche ich eine Genehmigung? Wo und wie kann ich mein Unternehmen anmelden? Gibt es Förderprogramme für mich? Zudem werden erfolgreiche Unternehmen mit Migrationshintergrund vorgestellt. Mehr Infos auf [www. gruenden-in-potsdam. de/]

Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets





Um gezielter in den Stadtteilen Bürgervorschläge umsetzen zu können, soll es ab nächstes Jahr sogenannte Bürger-Budgets geben. Insgesamt stehen dafür 120.000 Euro zur Verfügung, die zusätzlich zum Potsdamer Bürgerhaushalt investiert werden können. Bis Anfang 2021 soll nun eine Auswahl der beteiligten Bürgerhäuser, Freizeiteinrichtungen, Stadtteilnetzwerke, soziale Einrichtungen oder auch Stadtteilräte bzw. Ortsbeiräte und Vereine getroffen werden.

Parallel dazu beschäftigt sich das Projekt JUBU – Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets - damit, wie junge Einwohner*innen noch besser bei Bürgerbudget-Verfahren beteiligt werden können. Das neu gestartete Projekt JUBU – Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets (www.jugend-budget.de) ist beim Potsdamer mitMachen e. V. angesiedelt, der unter anderem gemeinsam mit der Stadtverwaltung die WerkStadt für Beteiligung sowie den Stadtteilladen Bornstedt betreibt.

Mit seinen Projekten ermutigt der Verein mitMachen Menschen, sich demokratisch für ihre Interessen einzusetzen. Das Projekt JUBU begleitet dabei insbesondere junge Menschen, die eigene Ideen entwickeln, die durch Bürgerbudgets umgesetzt werden. Bürgerbudgets sind ein Beteiligungsinstrument, bei dem festgelegte Geldbeträge von Gemeinden bereitgestellt werden, um damit Vorschläge der EinwohnerInnen zu realisieren. In der Regel handelt es sich um kleinteilige Projekte wie zusätzliche Parkbänke, Nachbarschaftsfeste oder Spielgeräte auf Spielplätzen. Bürgerbudgets sind somit eine besondere Form von Bürgerhaushalten mit einem vorher festgelegten Budget.

Das Projekt JUBU – Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets will Faktoren ergründen, die dazu beitragen, dass junge Menschen sich noch besser bei Bürgerbudgets beteiligen können. Es wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Robert Bosch Stiftung, dem Landespräventionsrat Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam.

Das Projektteam – Dr. Carsten Herzberg, der sich seit einigen Jahren wissenschaftlich mit Bürgerhaushalten beschäftigt, und die ProjektmitarbeiterInnen Martina Rumpel und Roman Poplawski – arbeitet zunächst eng mit seinen drei Pilotkommunen zusammen - in Potsdam, Eberswalde und Nuthetal wollen sie Praxiserfahrungen sammeln und dafür mit Gruppen junger Menschen zwischen 16 und 26 Jahren zusammenarbeiten. Im Jahr 2020 hat sich das JUBU-Team in den drei Pilotkommunen mit den Verwaltungen über die Ortsspezifika und die daraus resultierenden Vorgehensweisen in der jeweiligen Gemeinde abgestimmt. Darüber hinaus haben sich die JUBU-MitarbeiterInnen mit Vereinen, Trägern von Jugendhilfeeinrichtungen, StreetworkerInnen, Schulen, Kirchen etc. vernetzt und mit einigen bereits Kooperationen aufgebaut.

In den folgenden Jahren will das JUBU-Team die in den Pilotkommunen gesammelten Erfahrungen weiteren Gemeinden im Land Brandenburg und Nachbarregionen zur Verfügung stellen, denn nicht wenige Gemeinden fragen sich, wie sie junge EinwohnerInnen besser beteiligen und deren Anliegen mehr Gehör verschaffen können.

Martina Rumpel (gek.)

Nicht entmutigen lassen

Mitgliederbrief der Landesarbeitsgemeinschaft LINKE UnternehmerInnen

Liebe Mitglieder der LAG LINKE UnternehmerInnen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten,

für viele von uns geht ein schwieriges Jahr zu Ende; zu Ende, wie es im Frühjahr begonnen hat. Wieder gibt es Beschränkungen, wieder wird das Leben zurückgefahren. Wieder einmal stehen die Mitarbeiter*innen unseres Gesundheitswesens vor großen Herausforderungen. Während der ersten Welle wurden sie beklatscht und es gab die Zusage für eine sogenannte "Pandemieprämie". Doch davon angekommen ist bei den meisten Nullkommanichts.

Unser Start ins Jahr 2020 war sehr verheißungsvoll, wir hatten viel vor. Wir wollten uns zur Gemeinwohl-Ökonomie austauschen, wir wollten im 75. Jahr der Befreiung vom Nationalsozialismus der russischen Botschaft einen Besuch abstatten und viele hatten gehofft, dass die Wirtschaft weiter floriert. Doch es kam anders. Corona hat uns gebremst, hat uns teilweise handlungsunfähig gemacht und bei vielen von uns das Leben und unsere Unternehmen lahmgelegt, nicht wenige gar in den Ruin getrieben. Denjenigen, die sofort ihre Förderanträge gestellt hatten, wurde später Betrug vorgeworfen. Dass die Landesregierung im Nachgang die Rahmenbedingungen ändert, war zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar. Diese Antragsteller dann dem Vorwurf des Betruges auszusetzen, ist infam. Ministerpräsident und Wirtschaftsminister werden bei jeder sich bietenden Gelegenheit nicht müde zu betonen, wie wichtig gerade kleine Unternehmen für Brandenburg sind. Nun sollen sie doch endlich Taten folgen lassen. An dieser Stelle geht unser Dank an OWUS (Offener Wirtschaftsverband von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen e. V.), der Hilfe und Unterstützung bei der Antragstellung gibt. Scheut Euch nicht, dieses Angebot zu nutzen. Nun waren wir gerade dabei, ein Stück weit Normalität wieder zurückzugewinnen und nun die 2. Welle. Die nachgewiesenen Infektionen schnellen in die Höhe, auch die Zahl der mit oder an Corona Verstorbenen steigt stetig. Dass in dieser Situation die Länderchefs sich auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt haben, ist für uns persönlich ein gutes Zeichen. Neben den Beschränkungen soll es auch diesmal wieder Hilfen geben, die ganz schnell und unkompliziert beantragt und ausgezahlt werden sollen und, so Minister Altmaier, sollen auch Soloselbständige in deren Genuss kommen. Wir werden ihn beim Wort nehmen.

Gestattet uns, an dieser Stelle Sebastian und der gesamten Fraktion unseren Dank auszusprechen. Sie waren es, die die Aufnahme der Soloselbständigen in die Förderpolitik im Rahmen der Pandemie gefordert und damit deren Wertschätzung durch die Landespolitik eingefordert haben. Bitte bleibt weiter am Ball, lasst Euch von Rückschlägen nicht entmutigen.

Mit solidarischen Grüßen

Birgit Müller und Wolfgang Ackermann

Auch in der Familienpolitik ist die AfD keine Alternative



Familienpolitik ist wichtig für die Zukunft des Landes

Gerne geriert sich die AfD als vermeintliche Verteidigerin von Kindern und Familien. Bei einem genaueren Blick auf fünf Anträgen zur Familienpolitik, mit denen sich die AfD in der letzten Sitzungswoche im November an den Deutschen Bundestag wandte, wird deutlich: Die Partei hält ihrem Eigenanspruch keineswegs stand. Statt konkreter Vorschläge zur Lösung der zentralen Probleme wie etwa dem mangelhaften Kita-Ausbau, der stagnierenden Kinderarmut oder der prekären Lage von Alleinerziehenden, findet man bei der AfD eine Familienpolitik, die zwischen Widersprüchlichkeit, Wirkungslosigkeit und dem Wiederaufwärmen von Rezepten aus den 30er Jahren oszilliert. Die Neurechten legten dem Bundestag ein krudes Gemisch aus staatlicher Bevormundung bei der Familienplanung, sowie Propaganda für Dreikindfamilien vor.

So soll in Anlehnung an Polen, das Recht auf Abtreibung de facto abgeschafft werden. Denn dass junge Frauen selbst über ihren Körper und die Frage, ob und wann sie Kinder bekommen, bestimmen, passt nicht in das Weltbild der AfD. Deswegen lehnt die Partei auch Aufklärung über Sexualität und Verhütung in der Schule konsequent ab. Auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen zukünftig nicht mehr über die Vielfältigkeit von Lebensentwürfen berichten, sondern nur noch das Familienbild der AfD propagieren. Im Hintergrund steht bei der AfD, die offen formulieret Angst, Deutschland könne aussterben. Dabei ist die Geburtenziffer, also die durchschnittliche Zahl von Geburten je Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren, derzeit so hoch, wie sie seit den frühen 70er Jahren in der BRD nicht mehr war. Das passt aber nicht in die apokalyptische Bilderwelt der Partei und wird dementsprechend einfach ignoriert.

Geht es um wirkliche Probleme, wie die Kinderarmut, sind die Vorschläge der AfD recht mau: So soll die Mehrwertsteuer auf Windeln gesenkt werden (brächte pro Familie mit Kindern im Wickelalter so etwa 25 Euro im Jahr) und ein nur wage beschriebenes Babydarlehen eingeführt werden. Dass die Anträge hier wenig aussagekräftig oder gar wirkungsvoll sind, könnte unter anderem daran liegen, dass Teile der AfD die Existenz von Kinderarmut leugnen, oder wie der AfD-Familienpolitiker Thomas Ehrhorn formulierte, der in einer anderen Debatte in Hinblick auf arme Familien von „Hartz-IV-Dynastien“ sprach, armen Menschen grundsätzlich nur mit Verachtung gegenüber treten.

Wirklich helfen würde Familien, und jungen Menschen, die welche gründen wollen, ein Schutz davor, in Armut abzurutschen. Das heißt konkret: Einführung einer echten Kindergrundsicherung, die Kinder vor einem Aufwachsen in Armut schützt, sowie höhere Mindestlöhne und starke Gewerkschaften, die gute Tariflöhne für die Eltern durchsetzen können.

Norbert Müller, MdB, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Gewalt gegen Frauen zu stoppen heißt, das Patriarchat zu zerschlagen!?

Vor 60 Jahren am 25. November wurden die drei Schwestern Mirabal in der Dominikanischen Republik gewaltsam verschleppt und ermordet. Zuvor engagierten sie sich gegen den damaligen Diktator Rafael Trujillo und sein Regime, gründeten eine Widerstandsgruppe und wurden dafür mehrfach inhaftiert und gefoltert. Der Befehl, diese mutigen Frauen zu eliminieren, kam von Trujillo selbst. Diese Geschichte war Anlass dafür, dass die Generalversammlung der UN 1999 den Vorschlag der Dominikanischen Republik annahm und den 25. November zum jährlich abgehaltenen Aktions- und Gedenktag gegen Gewalt gegen Frauen erklärte.

In Deutschland sieht die mediale Berichterstattung oft davon ab, von Feminiziden zu sprechen und greift lieber auf verharmlosende Begriffe wie „Beziehungstaten“ zurück. Stattdessen wird Gewalt gegen Frauen in anderen Teilen der Welt verortet. Dennoch sind Gewalt gegen und Tötungen von Frauen leider Alltag. Alle 26 Stunden werden hierzulande Tötungsversuche gegen Frauen unternommen, jeden dritten Tag gelingen sie auch. Eine Anfrage der Linksfraktion im Landtag zeigt, dass auch in Brandenburg die angezeigten Fälle von Häuslicher Gewalt zwischen Mitte März und Mitte Mai um 22,5% in Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind



Der Aktionstag macht alljährlich auf Gewalt an Frauen aufmerksam und ruft zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt jeder Form und zur Stärkung von Frauenrechten auf. In Potsdam waren die Beigeordnete Joosha Aubel und die die Gleichstellungsbeauftragte und LINKEN-Kreisvorsitzende Martina Trauth mit dabei.

und es allein im Mai zu drei Tötungen von Frauen kam. Doch diese Fälle sind nur die Spitze des Eisbergs. Aus Angst, Verunsicherung und fehlenden Strafbeständen wird ein Großteil von täglich erfahrener Gewalt nicht von den betroffenen Frauen zur Anzeige gebracht. Und auch wenn, würde das die dahinter liegenden patriarchalen Strukturen nicht zerschlagen.

Das Autonome Frauenzentrum Potsdam leistet wichtige Arbeit in diesem Bereich. Zum einen gibt es hilfesuchenden Frauen Schutz und Beratungen oder vermittelt weiter. Zum anderen leistet es Präventionsarbeit, indem Geschlechterrollen hinterfragt werden und gelernt wird, persönliche Grenzen zu erkennen, aufzuzeigen und zu respektieren. Obwohl die Istanbul-Konvetion seit zwei Jahren bindend ist, wird sie nicht ausreichend umgesetzt. Für das Autonome Frauenzentrum bedeutet das, jedes Jahr aufs Neue Projektanträge stellen zu müssen. Als LINKE müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen nicht an Bürokratie scheitern und die Finanzierung dauerhaft und unabhängig der tatsächlichen Nachfrage gesichert wird. Doch auch die Ermöglichung von Begegnungsräumen und Empowerment darf nicht vernachlässigt werden, da auch solche Schritte präventive Maßnahmen darstellen.

Ratsuchende Frauen können sich hier an das Frauenzentrum richten: Beratungsstelle: 0331 974695; Frauenhaus: 0331 964516; weitere Infos unter: https://frauenzentrum-potsdam.de/

Isabelle Vandre
Mitglied des Landtags Brandenburg
DIE LINKE.

Mehr als 82.000 Euro für Potsdamer Vereine

Die Mittelbrandenburgische Sparkasse hat im 2. Halbjahr wieder Potsdamer Vereine und Institutionen mit über 82.000 Euro unterstützt. Stellvertretend für alle insgesamt 18 bedachten Vereine überreichte Andreas Schulz, Vorsitzender des Vorstandes der MBS, heute gemeinsam mit Oberbürgermeister Mike Schubert die Förderzusage an die Potsdamer Royals. Die wollen neue (im Vergleich zu anderen Sportarten sehr teure) Spielausrüstungen anschaffen, um diese dem Nachwuchs leihweise zur Verfügung zu stellen.
„Mit Ihrem vielfältigen Engagement stärken die Potsdamer Vereine auch den Zusammenhalt in der Gesellschaft und ermöglichen es dadurch vielen Menschen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wir sagen gerade in der jetzigen Zeit Danke dafür und wünschen den Potsdam Royals, aber auch den anderen 17 Vereinen, eine möglichst schnelle Rückkehr zu normalen Abläufen – im Interesse einer lebenswerten Region.“, sagte Schulz während der Übergabe.
Außerdem werden u. a. gefördert das Sinfonieorchester Collegium musicum in Potsdam, für die Durchführung der Veranstaltung „Klassik am Weberplatz 2021“, der Förderverein der evangelischen Kita Arche Noah, um Fallschutzmatten für den Bereich der Schaukel und des Klettergerüsts zu kaufen,der Förderverein für den Kanu Club Potsdam, für seine Nachwuchsförderung und die Deutsche-Lebensrettungs-Gesellschaft/ Ortsgruppe Potsdam, für die Beschaffung von Tauchflaschen und einen Transportwagen für Einsatztaucher.



Mitglieder der Potsdam Royals gemeinsam mit Marktdirektorin Andrea Aulich, Oberbürgermeister Mike Schubert und dem Vorstandsvorsitzenden der MBS bei der Übergabe der Zuwendungsbestätigung für ihr Vereinsprojekt
Foto: Specht

In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze .

Oberlinklinik spendet für Krankenstation in Gambia



Auf dem Oberlin-Campus wurde in den ersten Novembertagen ein LKW randvoll mit medizinischen Geräten und Krankenhauseinrichtung aus der Oberlinklinik beladen. Das Oberlinhaus unterstützt mit den Sachen den Berliner Verein ALEX e.V. (African Live Experience) der in Suwareh Kunda im westafrikanischen Gambia ein Krankenhaus baut, das 7.000 Menschen als Anlaufstation dienen soll.
Die Spende umfasst u.a. Schränke, Nachttische, Tische, Untersuchungsliegen, Visitenwagen, ein Röntgengerät, ein Medikamentenkühlschrank, Spritzenpumpen zur kontinuierlichen Verabreichung von Medikamenten und Infusionsspritzenpumpen.
„Die medizinischen Geräte entsprechen zwar nicht mehr den hohen Anforderungen in Deutschland, sind aber alle noch voll funktionstüchtig und werden hoffentlich in Afrika zu einer guten Behandlung der Menschen vor Ort beitragen können. Wir freuen uns, dort Hilfe leisten zu können, wo sie dringend benötigt wird“, so Jan Kaeseler, Bauprojektmanager in der Oberlinklinik, bei der Übergabe.

Die sehen wir wohl auch im nächsten Jahr wieder

Ein Bild, an das wir uns im zurück liegenden Sommer schon gewöhnt hatten: An verschiedenen Bäumen angebrachten Bewässerungssäcke. Welche Erfahrungen hat die Stadt damit gemacht?
Bei Bäumen mit kleinen Kronen konnte im Jahresverlauf eine deutliche Verbesserung konstatiert werden. Der vorzeitige Laubfall wie in den Jahren zuvor blieb überwiegend aus.
Für großkronige Bäume, deren Wurzeln tiefer- und auch weiter ausgebildet sind, wird für die kommenden Jahre eine deutliche Verbesserung erwartet. Hier werden die Vitalitätszuwächse frühestens im nächsten Jahr deutlich. Jedoch zeigte sich auch bei diesen Bäumen, dass der Zeitpunkt des Laubabfalls nach hinten rückt.
Insgesamt wurden in diesem Jahr erstmals 564 Bewässerungssäcke eingesetzt. Für den Zeitraum Juni bis Oktober 2020 wurden 10 Wassergaben zu je 100 Liter pro Baum gegeben. Die Wassersäcke haben abweichend zu den Herstellerangaben das Wasser sehr unterschiedlich schnell abgegeben. Zu beobachten war, dass das Wasser innerhalb einer und bis zu 24 Stunden im Sack verblieb. Aufgrund von Beschädigungen, Vandalismus und Verschleiß stehen im kommenden Jahr ca. 15% weniger Bewässerungsbeutel zur Verfügung.
Durch die Vermeidung von Dürrestress erzielen wir vitale und kräftige Bäume, die nicht nur unser Stadtklima verbessern, sondern auch weitere sehr wichtige Funktionen erfüllen (Reinigung der Luft usw.).
Es zeigt sich, dass die Säcke ein gutes Mittel sind, die Bewässerung der dürregeplagten Bäume zu organisieren. Die Landeshauptstadt würde gerne die Menge der Bewässerungssäcke erhöhen. Hierzu sind Mittel in der Haushaltsplanung einzustellen.



LINKS wirkt – gegen Armut

Der am 20. November 2020 veröffentlichte jährliche Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zeichnet insgesamt ein erschreckendes Bild. Aber er belegt auch, dass politisches Handeln wirken kann. Dazu erklärt die Co-Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Katharina Slanina: "Seit Jahren steigt die Armutsquote in der Bundesrepublik unaufhaltsam an. Der heute veröffentlichte Armutsbericht weist mit 15,9 Prozent erneut einen historischen Höchstwert aus. Gleichzeitig wachsen Gewinne und Vermögen – die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Dieses Armutszeugnis ist vor allem eines für die Regulierungsfähigkeit des Marktes. Denn dieser sorgt eben nicht für sozialen Ausgleich – im Gegenteil!
Gegen den Bundestrend ist die Armutsquote in Brandenburg seit 2009 von 16,8 Prozent auf 15,2 Prozent gesunken. Der Anteil der Empfänger*innen von SGB II-Leistungen sank im selben Zeitraum sogar von 15,1 Prozent auf 8,8 Prozent und damit ummehr als ein Drittel. In zehn Jahren LINKER Regierungsbeteiligung wurde gerade für die Ärmeren in der Gesellschaft Einiges erreicht. Offenbar kann Landespolitik also etwas bewirken, wenn sie soziale Gerechtigkeit zu einem Handlungsschwerpunkt macht.
Die Auswirkungen der Pandemie werden wir erst im kommenden Jahr wirklich zu spüren bekommen. Für DIE LINKE steht fest: die Bewältigung der sozialen Folgen der Krise ist die wichtigste politische Aufgabe der nächsten Monate – auf allen Ebenen. Dabei muss insbesondere der Schutz der Menschen in den Blick genommen werden, deren Einkommen schon vor der Pandemie zu den niedrigen gehörten und die in den letzten Monaten durch massive Einkommensverluste getroffen wurden."

Adventskalender im Marktcenter eröffnet

Gemeinsam mit dem Turbine Potsdam Präsidenten Rolf Kutzmutz ist am 1. Dezember 2020 die erste Tür des REWE-Kalenders im Marktcenter geöffnet worden. Auf die obligatorische Autogrammstunde mit den Spielerinnen des Vereins musste dieses Jahr leider verzichtet werden.
Bis zum 24. Dezember wird nun jeden Tag gegen 17 Uhr ein Türchen geöffnet. Auf die Besucher des Marktes wartet zu dieser Zeit eine kleine Überraschung und ein Adventskalender für die Kleinen.

Und wir wünschen allen unseren LeserInnen frohe Festtage und ein gutes 2021!